

Postkommunistischer Kapitalismus: Ökonomie, Politik und Gesellschaft im neuen Europa*

MICHAEL EHRKE

Die Volksfeste und Feuerwerke, die am ersten Mai 2004 die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder einleiteten, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Klima in den neuen wie in den alten Mitgliedstaaten durch eine fast übertriebene Nüchternheit bestimmt war. Die einst hoch gespannten Hoffnungen und Erwartungen, die mit der Vereinigung verbunden waren, hatten sich in den fünfzehn Jahren nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus abgeschliffen. Am ersten Mai 2004 verbargen sich hinter der Fassade kurzfristiger Hochstimmung auf beiden Seiten vor allem Sorgen. In den alten Mitgliedstaaten werden die Auslagerung von Arbeitsplätzen, der unkontrollierte Zuzug von Arbeitskräften, die Intensivierung der Probleme in den Grenzregionen und die finanzielle wie institutionelle Überforderung der Union durch 25 Mitglieder befürchtet. Bei den neuen Mitgliedern herrscht unübersehbare Enttäuschung: 15 Jahre der Transformation, der wirtschaftlichen Öffnung und der Annäherung an die EU haben wenig zur Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerungsmehrheit beigetragen. Die Transformation war mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden, aber die reiche EU hat sich gegenüber ihren neuen Mitgliedern alles andere als großzügig erwiesen. Vom Beitritt selbst wird auf kurze Sicht wenig erwartet, die Hoffnungen verlagern sich auf die »nächste Generation«, der es einmal besser gehen soll. Immerhin: Auch Irland war fast 20 Jahre lang EU-Mitglied, ehe es seinen spektakulären take-off starten konnte.

Während die Erwartungen in eine ferne Zukunft gelegt werden, speist sich der Rest der mit der Erweiterung verbundenen Euphorie aus der Vergangenheit: Europa ist endlich wieder vereint! Die historisch-kulturelle Identität Europas wurde auch von Nikolaus Kopernikus und Matthias Corvinus, der Donaumonarchie, Jan Hus und Franz Kafka ge-

* Eine längere Fassung dieses Aufsatzes ist erschienen in der Reihe »Europäische Politik«, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, September 2004.

prägt. Die Einheit Europas wurde – so scheint es – durch die Unterwerfung Mitteleuropas unter den Kommunismus künstlich unterbrochen. Die Erinnerung an »Mitteleuropa«, die Konstruktion einer vom russisch-sowjetischen Osten abgesetzten historischen Identität, war ein Ausgangspunkt der zentraleuropäischen Dissidentenbewegungen, die Lektüre Kafkas ein erster Schritt zur Systemopposition. Natürlich ist dieses Bild schief. Es unterstellt einen überhistorischen Gegensatz zwischen Europa und »dem Osten«, wobei der Kommunismus als die moderne Ausprägung einer wesensfremden, im Kern »asiatischen« Lebensweise gilt. Wie immer dem sei: Heute ist Zentraleuropa im Westen (manchmal sehr weit im Westen) angekommen, und die Beschwörung der mitteleuropäischen Vergangenheit gehört selber der Vergangenheit an.¹

Dabei droht jedoch ein wichtiger Sachverhalt aus dem Blick zu geraten: Die Spaltung Europas nach 1945 mag künstlich gewesen sein und die »natürliche« Einheit des Kontinents gestört haben, sie hat aber 45 Jahre lang auf beiden Seiten der Grenzen die Menschen und die Verhältnisse geprägt. Eine Sicht, die den Kommunismus als eine Art Betriebsunfall, die Entwicklung Westeuropas nach 1945 (als Stellvertreter für ganz Europa) aber als natürliche Fortsetzung der europäischen Geschichte betrachtete, wäre nicht nur historisch fragwürdig, sie würde auch der Erweiterung von vornherein ein Verhältnis zwischen Siegern und geschichtlichen Unfallopfern unterlegen – und sie damit gefährden.

Die neue Systemdifferenz

Der Blick auf das historisch Neue der Erweiterung wird durch den Vergleich mit früheren Erweiterungsrounden eher verstellt als geschärft. In diesem Vergleich werden die Unterschiede vornehmlich quantitativ gefasst – hinsichtlich der Zahl der neuen Mitglieder, des wirtschaftlichen Entwicklungsgefälles usw. Das Neue der jüngsten Erweiterung aber liegt darin, dass sich unter dem Dach der Union nun zwei Ländergruppen mit zwei unterschiedlichen *Geschichten* vereinigt haben. Damit tut sich innerhalb der EU eine Art »Systemdifferenz« auf, die sich nicht auf Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen reduzieren lässt. Künftige Debatten

1. Es ist kennzeichnend, dass die Erinnerung an Mitteleuropa nun an dessen östlicher Peripherie – in der Ukraine – wieder wachgerufen wurde. Vgl. Andruchowytch 2003.

werden daher auch nicht ausschließlich die Verteilung der EU-Mittel und Sitze bzw. die Umsetzung einer gemeinsamen Geldpolitik bei unterschiedlichen Wachstumsgeschwindigkeiten zum Gegenstand haben. Die Differenzen betreffen Identitäten wie Strukturen. Im Westen Europas waren eine spektakuläre Wirtschaftsentwicklung, eine lange Zeit des Friedens, der Rechtsstaatlichkeit und einer gewissen Zivilität sowie die europäische Integration drei Seiten desselben historischen Prozesses, der gesellschaftlich identitätsbildend wirkte. Im Osten steht die gesellschaftliche Identitätsbildung im Schatten eines doppelten Traumas: der sowjetisch-kommunistischen Herrschaft *und* einer Transformation, die innergesellschaftliche Abgründe aufriß. Was die Strukturen angeht, so haben im Westen die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung und die Integration auf der Grundlage ausgebildeter und funktionierender Institutionen eine spezifische Variante des Kapitalismus geschaffen, die man früher »rheinisch« nannte und die sich von der amerikanischen und der ostasiatischen Variante unterscheidet. Im Osten ist der Kapitalismus das Ergebnis eines *Bruchs*, er ist ein System, das negativ durch den Kommunismus und positiv durch die Transformation geprägt ist.

Die Koexistenz verschiedener Varianten des Kapitalismus innerhalb der EG/EU ist weder neu, noch war sie in der Vergangenheit nachteilig. Die westeuropäischen nationalen oder regionalen (skandinavischen, mediterranen usw.) Wirtschaftssysteme sind historisch gewachsene Verbindungen kapitalistischer Kerninstitutionen mit nationalen/regionalen Traditionen, die in bald 50 Jahren europäischer Integration miteinander verschmolzen. Zur Zeit ihrer Entstehung interagierten in der EG/EU vor allem zwei wirtschaftliche Ordnungskonzepte, die französische »régulation« und die deutsche »Ordnungspolitik«. Mit dem Beitritt Großbritanniens, der Mittelmeer- und der skandinavischen Länder kamen neue Varianten hinzu. Diese Diversität hat die EG/EU nicht beeinträchtigt, sondern bereichert. Die Dynamik der Integration – von der Montanunion, Freihandelszone und Zollunion über den gemeinsamen Binnenmarkt und die Währungsunion bis hin zu den ersten Ansätzen einer gemeinsamen Außen- und Innenpolitik – geht auch auf die Interaktion und Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen zurück.

Der »postkommunistische« Kapitalismus dagegen ist die Folge des Zusammenbruchs – oder besser: der *bewussten Selbstauflösung* – eines modernen industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und seines Ersatzes durch ein anderes. Der Kommunismus brach zwar *auch* unter

dem Druck der Massen und als Ergebnis ökonomischer Systemwidersprüche zusammen, aber erst das Element der bewussten Selbstaflösung macht das Ende des Kommunismus in Europa zu einem historisch einzigartigen Vorgang. Sein Entstehen aus einem Prozess bewusster Selbstaflösung heraus unterscheidet den postkommunistischen Kapitalismus von den Neuanfängen in Japan und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, die aus einem Systemzusammenbruch (mit allerdings weitgehend intakten sozialen und ökonomischen Grundstrukturen) nach

In Ostmitteleuropa scheint es, als sei der Prozess der Selbstaflösung des alten Regimes keineswegs mit dessen Verschwinden beendet.

einer militärischen Niederlage hervorgingen. In Deutschland und Japan konnte es die Fiktion einer »Stunde Null« geben, die es möglich machte, alle Kräfte auf den Wiederaufbau zu konzentrieren. In Ostmitteleuropa dagegen scheint es, als sei der Prozess der Selbstaflösung des alten Regimes keineswegs mit dessen Verschwinden beendet, sondern als setze er sich fort, als ein Abbau, der bis in die zwischenmenschlichen Beziehungen hineinreicht. Während westliche wirtschaftliche und politische Institutionen mehr oder weniger erfolgreich adaptiert wurden, scheinen die Basiselemente gesellschaftlichen Zusammenhalts einer fast systematischen Dekonstruktion ausgesetzt zu sein. Auch im Westen wurden soziale Auflösungserscheinungen registriert und als Konsequenz einer primär durch die Ausweitung von Marktgesetzen auf soziale Beziehungen erzeugten Enttraditionalisierung identifiziert (vgl. Heitmeyer 1997a und 1997b sowie Berger 1997). In Zentraleuropa gewinnen vergleichbare Entwicklungen dadurch eine andere Qualität, dass sie sich nicht nur evolutionär durchsetzen, sondern bewusst erzeugt und verstärkt werden. Das Bemühen, die kommunistische Vergangenheit zu überwinden, infizierte auch vorgesellschaftliche (»gemeinschaftliche«) Solidaritätsbeziehungen, ohne die auch keine kapitalistische Gesellschaft auskommen kann.

Während sich der Prozess der Selbstaflösung auf der mikrosozialen Ebene fortsetzt, gelang die Einführung westlicher marktwirtschaftlicher und demokratischer Institutionen. Obwohl es, von Überlegungen zur angemessenen Sequenzierung der verschiedenen Reformschritte abgesehen, kaum ein kohärentes Konzept des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft (bzw. von der Diktatur zur Demokratie) gab, stand doch das *Resultat* dieses Prozesses von Anfang an fest: Es galt die Institutionen

zu schaffen, die im Westen Europas eine (mehr oder weniger) erfolgreiche kapitalistische Entwicklung ermöglicht hatten. Für die Länder Zentraleuropas war dies ein Prozess, der sich in einem nahezu abstrakten sozialen Raum abspielte: Es gab – zumindest in der Selbstwahrnehmung der relevanten Akteure – keine *verwertbaren* gewachsenen Traditionen und Institutionen, an die man hätte anknüpfen können, die es möglich gemacht hätten, die abstrakten Anweisungen mit lebendigen Erfahrungen zu verknüpfen. Derartige nationale Traditionen und Institutionen hatte bereits der Kommunismus aufgerieben. Und der Kommunismus selbst hatte zumindest in der Perzeption der Architekten des neuen Kapitalismus *nichts* hinterlassen, was es wert gewesen wäre, dem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell integriert zu werden. So wie die lokalen Produktionsanlagen im wirtschaftlichen (und manchmal im wörtlichen) Sinne Ruinen waren, so bot auch die institutionelle Hinterlassenschaft von Kommunismus und Planwirtschaft keine Orientierungspunkte für die Konstruktion des Kapitalismus. Während die zentraleuropäischen Nationen mit dem Umbruch ihre Geschichte wiederentdeckten und in symbolisch überhöhter Form in die Politik einfließen ließen, erfolgte der Aufbau des Wirtschaftssystems gleichsam im geschichtsfreien Raum.

EU-Kapitalismus und postkommunistischer Kapitalismus: Fortschritt gegen Fortschritt

Die EU ist eher eine Kollektion unterschiedlicher nationaler oder regionaler Varianten der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als dass sie selbst eine derartige Variante abgäbe.² Dennoch lassen sich einige Grundzüge angeben, die den in der EU versammelten nationalen Varianten gemeinsam sind.

Erstens liegt der wichtigste Grundzug des EU-Kapitalismus natürlich darin, dass es sich um eine Ordnung handelt, die nicht nur und nicht in erster Linie nationalstaatlich verfasst ist, sondern zu einem hohen Anteil überstaatlich-gemeinschaftlich reguliert wird. Der Übergang ehemals staatlicher Ordnungskompetenzen an die Gemeinschaft war ein langwieriger, von Widersprüchen durchsetzter, von Rückschlägen und Fehlent-

2. In der Diskussion über »Kapitalismus gegen Kapitalismus« wurden vor allem das rheinische und das angelsächsische Modell hervorgehoben, die beide in der EU vertreten sind. Siehe Albert 1992.

wicklungen begleiteter, aber nur schwer reversibler Prozess, der immer neue Gleichgewichtslagen zwischen den verschiedenen institutionellen Ebenen (substaatlich, staatlich, gemeinschaftlich) hervorbrachte. Welche Art von politischem System auf diese Weise entstand bzw. entsteht, ist nicht absehbar, es ist aber kaum bestreitbar, *dass* die EU zu einem politischen System *sui generis* geworden ist. Wirtschaftlich liegt der Kern der Integrationsdynamik im fortschreitenden Abbau von Hindernissen, die einem uneingeschränkten gemeinsamen Markt entgegenstehen, wobei aber – und dies ist das Besondere – wahrgenommene Marktdefizite durch *gemeinschaftliche* (nicht staatliche) Regulierungen wieder aufgefangen werden. Die EU ist sowohl ein aktiver Agent der Globalisierung, der seine Mitglieder zum Niederreißen von Schutzmechanismen zwingt, als auch eine Instanz der Re-Regulierung der Märkte auf kontinentaler Ebene. Dabei begnügt sie sich – anders als internationale Institutionen wie WTO oder IWF – nicht mit der (scheinbar) technischen Regulierung, sondern vollzieht diese im Rahmen eines *politischen* Integrationsprozesses, in dem staatliche Souveränität an die gemeinschaftliche Ebene delegiert wird. Die EU ist der bisher einzige Versuch, eine *politische* Antwort auf die Globalisierung zu finden, die sich weder mit der Klage über den Steuerungsverlust der Nationalstaaten, noch mit der technokratischen Marktregulierung zufrieden gibt (vgl. Hix 1999). Die gemeinschaftliche Regulierung der Wirtschaft – und nicht nur der Wirtschaft – hat die nationalen Kapitalismen verändert, sie einander angeglichen, aber auch gegenüber nicht-europäischen Varianten des Kapitalismus abgesetzt.

Der EU-Kapitalismus entzieht sich *zweitens* einer eindeutigen Zuordnung zu den Ordnungsprinzipien »freier Markt« versus »politische Regulierung« der Wirtschaft. Die EU vertritt beide Prinzipien mit wechselnder Gewichtung. Ihre Entwicklung ist das Produkt immer neuer Kompromissbildungen zwischen unterschiedlichen Konzepten und politischen und sozialen Interessen. *Drittens* grenzt sich der EU-Kapitalismus (wenn auch eher rhetorisch als in der Realität) vom amerikanischen und asiatischen Kapitalismus durch das Festhalten an einem Rest von Sozialstaatlichkeit bzw. Sozialpartnerschaft ab. Zwar verblieben die Sozialsysteme im Wesentlichen in der Kompetenz der Nationalstaaten, was durch das eher beschworene als realisierte »europäische Sozialmodell« kaum aufgewogen wird. Alle drei von Gösta Esping-Andersen identifizierten Typen des Sozialstaats sind in der EU präsent, daher ist es auch kaum möglich, von einem EU-typischen Sozialstaatsmodell zu sprechen (Esping-Andersen 1990). Gleichwohl ist der Kapitalismus in der EU dem

Einwirken der Sozialpartner stärker ausgesetzt als die nordamerikanische und ostasiatische Variante. Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in der Haltung der Gewerkschaften zur EU wider. Während die EG in den sechziger und siebziger Jahren noch als »Europa der Konzerne« attackiert wurde, sehen auch die Gewerkschaften heute in der Union einen Ordnungsrahmen, der zumindest die Chance bietet, die noch dürren Bestimmungen des »europäischen Sozialmodells« mit Inhalt zu füllen.

Die postkommunistischen Gesellschaften könnten den Altmitgliedern ihre eigene Zukunft vor Augen führen.

Was den Kapitalismus der EU von seiner postkommunistischen Variante vor allem unterscheidet, ist das Verhältnis zur Globalisierung. Als die EWG 1957 gegründet wurde, war der Kapitalismus noch mehr oder weniger nationalstaatlich gezähmt. Die europäische Integration verlief parallel zum weltweiten Abbau nationalstaatlicher Begrenzungen im Zuge der GATT-Runden, der Liberalisierung des zwischenstaatlichen Kapitalverkehrs, der Flexibilisierung der Wechselkurse usw. Der relative Schutz, den die Nationalstaaten in den ersten Dekaden nach dem zweiten Weltkrieg noch bieten konnten, war die Voraussetzung für den Auf- und Ausbau sowohl international wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten als auch sozialer Sicherungssysteme, die die Bevölkerung gegen die Risiken der internationalen Märkte absicherten. Sowohl die Globalisierung – das Wachstum des internationalen Handels, der Auslandsinvestitionen und der globalen Kapitalmärkte – als auch die europäische Integration gewannen an Fahrt, *nachdem* wettbewerbsfähige Produktionskapazitäten und soziale Sicherungssysteme aufgebaut worden waren (Rieger & Leibfried 2001). Die Globalisierung ist für Westeuropa kein Schicksal, sondern eine selbst (mit) in Gang gesetzte Entwicklung. Die zentraleuropäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften dagegen setzten sich sofort und ohne Schutz der vollen Wucht der Globalisierung in ihrem fortgeschrittenstem Stadium aus. Sie waren 40 Jahre lang von der Dynamik der Globalisierung isoliert gewesen; und sie verfügten weder über eigene wettbewerbsfähige Produktionskapazitäten noch über soziale Sicherungssysteme, die den Wettbewerbsbedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts angemessen gewesen wären.

Der postkommunistische Kapitalismus ist nicht das Produkt »organischer« nationaler Entwicklungen, sondern des kommunistischen Zusam-

menbruchs und der Globalisierung, die in den Transformationsgesellschaften ein freies Aktionsfeld ohne Widerstände vorfand: ohne nationales Bürgertum, ohne starke Interessenverbände der Arbeitnehmer, ohne aktive Zivilgesellschaft, ohne wirtschaftlich relevante nationale Traditionen. Was in Westeuropa als schleichende Erosion wahrgenommen wird – der Abbau des Sozialstaats und die Privatisierung öffentlicher Funktionen –, das erfuhren die postkommunistischen Gesellschaften auf einen Schlag und ohne Netz. Diese Gesellschaften sind daher – trotz ihres niedrigeren Pro-Kopf-Einkommens – nicht unbedingt weniger »modern« als die westeuropäischen, im Gegenteil: Wenn wir einen linearen und ungezügelter Prozess der Globalisierung voraussetzen, sind sie »moderner«. Die von der Erweiterung in Bewegung gesetzte Modernisierung muss also nicht notwendig eine Angleichung der neuen Mitglieder an die Standards der alten bedeuten, die Angleichung könnte auch umgekehrt verlaufen: Die postkommunistischen Gesellschaften könnten den Altmitgliedern ihre eigene Zukunft vor Augen führen. Es ist kein Zufall, dass einige ostmitteleuropäische Länder die Altmitglieder der EU in einigen Sparten des Lissabon-Prozesses überholt haben. Doch die Spitzenleistungen haben ihre Kehrseite: den Ausschluss relevanter Bevölkerungsschichten vom »modernen« Wirtschafts- und Sozialleben.

Welches sind die Differenzen, die den postkommunistischen Kapitalismus auch jenseits der Einkommensstatistiken von der westeuropäischen EU-Variante unterscheiden? Im Folgenden wird – als ein erster Ansatz – auf fünf Charakteristika hingewiesen.

Kennzeichen des postkommunistischen Kapitalismus

Transnationalisierung und Dualismus

Die Transformation Zentraleuropas wurde von den westeuropäischen Staaten und der EU materiell kaum unterstützt. Stattdessen war sie begleitet von einem massiven Zufluss privaten Kapitals. Aufgrund des Volumens und der Geschwindigkeit des Kapitalzuflusses war das Ergebnis eine ebenso rapide wie umfassende Transnationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ausländische Investitionen kamen nicht als Ergänzung einer auch ohne sie funktionsfähigen nationalen Ökonomie ins Land, sondern stießen auf eine wirtschaftliche Ödlandschaft, in der sie fast alle potenziell rentablen Aktivitätsfelder okkupieren konnten. Dieser Prozess, der wahrscheinlich schneller und massiver ablief als an der südeuropäischen Peri-

pherie (oder noch früher in Lateinamerika), lässt sich heute am Anteil ausländischer oder ausländisch beherrschter Unternehmen an der nationalen Wertschöpfung, an den Investitionen und den Exporten ablesen.

Ausländische Investitionen in Transformations- und Entwicklungsländern bringen neben Kapital technisches und organisatorisches Know-how ins Land, sie tragen zur Modernisierung der Produktionskapazitäten bei und binden diese in globale Produktions- und Vertriebsnetzwerke ein, sie schaffen Arbeitsplätze und integrieren Hunderttausende von Arbeitnehmern in das moderne Segment der Weltwirtschaft. Wenn sie aber wie in Zentraleuropa nicht auf eine funktions- und wettbewerbsfähige nationale Wirtschaft stoßen, tendieren sie zur Erzeugung dualistischer Strukturen. Sie können nur einen Teil der lokalen wirtschaftlichen Aktivitäten in die eigenen Netzwerke einbinden, der »Rest« wird von ihrer Dynamik nicht tangiert. Die dualistischen Strukturen ergeben sich daher nicht aus der Dynamik ausländischer Investitionen, sondern aus der unzureichenden Dynamik des »Rests« der Wirtschaft. Sie setzen sich sowohl regional als auch sektoral und sozial durch. Ausländische Investitionen siedeln sich *regional* entweder an den Westgrenzen und in der Nachbarschaft zu den Altmitgliedern der EU an oder sie gruppieren sich um die Metropolen und einige wenige Zentren. Damit entsteht ein starkes inländisches Entwicklungsgefälle, das in der Regel in der Ost-West-Richtung verläuft. *Sektoral* ist der »transnationalisierte« Komplex nicht genau einzugrenzen: Er umfasst die exportierenden und mit Importen konkurrierenden Industrien, kann aber auch Teile des Angebots von »non-tradables« einbeziehen. Anders als auf die Entwicklungsländer bezogene strukturalistische Analysen nahe legen, scheinen der moderne transnationale und der lokale »rückständige« Sektor in keinem funktionalem Verhältnis zueinander zu stehen, etwa in dem Sinne, dass letzterer den modernen Sektor mit billigen Grundprodukten, Lebensmitteln und Arbeitskräften versorgte. Beide Sektoren sind kaum durch Verkettungseffekte »organisch« miteinander verbunden. Im Gegenteil ist der als »rückständig« qualifizierte Sektor kein Wirtschaftssektor im engeren Sinne, auch kein »traditioneller Sektor« nach dem Muster der Entwicklungstheorie, sondern ein heterogenes Konglomerat unterschiedlichster Aktivitäten, deren gemeinsamer Nenner vor allem darin liegt, dass sie nicht dem modernen Sektor der Volkswirtschaft zuzurechnen sind. Hierzu gehören ein großer Teil privatwirtschaftlicher Aktivitäten, die bereits im Kommunismus zugelassen waren, unter anderem die auf Subsistenzproduktion oder Nebenerwerb ausgerichtete private Landwirtschaft,

Teile des überbesetzten und unterbezahlten öffentlichen Dienstes, Reste der noch nicht privatisierten Staatswirtschaft; lokales Handwerk, Kleinhandel und Baugewerbe sowie schließlich eine Vielzahl von Aktivitäten, die auf das schlichte materielle Überleben ausgerichtet sind – von der Verwertung des Haushaltsmülls bis hin zur Kriminalität.

Die Abstände zwischen dem modernen, transnationalen Sektor und dem »dysfunktionalen« Rest der Wirtschaft nehmen – wenn überhaupt – nur sehr langsam ab. Im transnationalen Sektor kann die Dynamik des Arbeitsmarkts für steigende Lohneinkommen sorgen. Die Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften und die Logik der unternehmensinternen Arbeitsmärkte, die eine Differenzierung der Löhne auch nach oben erforderlich macht, können einen Anstieg der Reallöhne hervorrufen. Die in Westeuropa geäußerte Sorge, die niedrigen Löhne in Zentraleuropa würden zur massiven Auslagerung von Arbeitsplätzen führen, ist daher nur zum Teil begründet. Zwar liegen die Löhne immer noch weit unter dem westeuropäischen Durchschnitt, sie steigen aber schnell an. Damit deutet sich allerdings auch sehr früh ein Investitionsmuster an, das in den entwickelten Industrieländern seit Jahrzehnten beobachtet werden kann: Viele Unternehmen weichen der zum Teil selbst erzeugten Lohndynamik aus und verlagern Produktionskapazitäten an kostengünstigere Standorte außerhalb der EU. Und das Wirtschaftswachstum in Zentraleuropa wird trotz des im europäischen Vergleich noch niedrigen (aber steigenden) Lohnniveaus immer weniger beschäftigungsintensiv. Die Kapazität des modernen Sektors zur Aufnahme von Arbeitskräften aus dem »Rest der Wirtschaft« ist gering, so dass kein starker und dauerhafter Trend zum Übergang von Arbeitskräften aus dem »dysfunktionalen« in das moderne Segment der Wirtschaft sichtbar wird. Auch ist die Multiplikatorwirkung des Wachstums im transnationalisierten Sektor schwach.

Auch die westeuropäischen Industrieländer weisen regional wie sektoral/sozial duale Wirtschaftsstrukturen auf. Es gibt regionale Disparitäten – erwähnt sei der italienische Mezzogiorno – und Unterschiede zwischen hochproduktiven Arbeitsplätzen in den exportierenden oder mit Importen konkurrierenden Industrien und den Grenzjobs im Dienstleistungssektor, Handwerk, Schattenwirtschaft usw. Der Unterschied zu den postkommunistischen Volkswirtschaften liegt erstens in der engeren Verketzung zwischen den Sektoren: In den entwickelten Industrieländern folgt auch die Erstellung lokaler non-tradables den Produktivitätsvorgaben der modernen Kernsektoren, wenn auch mit einem gewissen Abstand. Zweitens wird das Gefälle in den westeuropäischen Kapitalismen

durch die regionale Mobilität der Arbeitskräfte überbrückt. Diese regionale Mobilität scheint in Zentraleuropa blockiert zu sein, unter anderem wegen der nach wie vor hohen Bedeutung der lokalen Subsistenzwirtschaft. Drittens werden Wohlstandsdifferenzen im Westen durch Transfers gemildert. Diese Transfers lassen Jobs unterhalb einer gewissen Produktivitäts-/Rentabilitätsschwelle verschwinden und entlasten deren Inhaber von ökonomisch sinnlosen, für das materielle Überleben aber unverzichtbaren Tätigkeiten. Für massive Transfers fehlt es den postkommunistischen Staaten aber an Mitteln, zumindest unter den Bedingungen der formell dominierenden pseudo-neoliberalen Regimes.

»Comprador intelligentsia« und neue Armut

Ein soziologisches Merkmal des postkommunistischen Kapitalismus ist das Fehlen einer Kapitalistenklasse bzw. einer Klasse von Eigentümern (etwa Grundeigentümern), die zu kapitalistischen Eigentumsformen hätte übergehen können – und dies bei einer intensiven vorausgegangenen Akkumulation von Kapital und einem umfangreichen Kapitalstock. Der Kapitalstock freilich befand sich zum Zeitpunkt des Systemwechsels in einem Zustand technischer und ökonomischer Degradation, war veraltet und entsprach nicht den Wettbewerbsbedingungen zum Ausgang des 20. Jahrhunderts. Der Kapitalstock konnte daher von niemandem einfach angeeignet, er musste vielmehr unter hohem Ressourceneinsatz modernisiert werden. Die Akteure dieses Prozesses – das soziologische Substitut einer Eigentümerklasse – waren in der Regel die Manager der staatlichen und zu privatisierenden Unternehmen. Sie verfügten nicht über Kapital, aber über andere Ressourcen, so das Insiderwissen, die genaue Kenntnis der Funktionsbedingungen und des potenziellen Werts der zu privatisierenden Aktiva, und über die relevanten politischen Kontaktnetze innerhalb der alten Funktionselite wie der neu entstehenden politischen Klasse (King 1998).

Die Privatisierung und Modernisierung des vorhandenen Kapitalstocks konnte nur über die Mobilisierung externer Ressourcen erfolgen, also mit dem Rückgriff auf die finanziellen, organisatorischen, technischen und Marketing-Ressourcen des internationalen Kapitals. Die staatlichen Aktiva wurden internationalen Unternehmen und damit erfahrenen und marktfähigen Akteuren überantwortet, die über die notwendigen technischen, organisatorischen und Management-Kenntnisse verfügten und die lokalen assets in transnationale Produktions- und

Marktnetzwerke einbinden konnten.³ Dieser Weg der Privatisierung zugunsten ausländischer Unternehmen wurde vor allem von Ungarn beschritten. Er war angesichts der Sonderbedingungen einer externen Verschuldungskrise ohne Alternative (die nationalen Aktiva wurden in Form von »debt-equity swaps« eingesetzt, um die Auslandsverschuldung abzubauen), gleichwohl ist es der ungarische Weg, dem – mit einer gewissen Verzögerung und unter etwas veränderten Bedingungen – auch die anderen ostmitteleuropäischen Länder gefolgt sind oder folgen werden. Im Rahmen einer außenorientierten Privatisierungsstrategie kommt der erwähnten ex-sozialistischen ökonomischen Funktionselite die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen lokalen asset-spezifischen Kenntnissen und internationalem Kapital zu. Sie fungiert als »comprador intelligentsia«, als Kompradorenklasse in dem Sinne, in dem dieser Begriff auch in den Entwicklungsländern geprägt wurde – freilich ohne dessen negative normative Konnotationen: als lokaler Agent des internationalen Kapitals *und* als Vertreter der lokalen Gesellschaft *gegenüber* dem internationalen Kapital.

Die Kehrseite der Umwandlung der spätkommunistischen Funktionselite in eine comprador intelligentsia ist die »kritische Deklassierung« (Endre Kiss) eines großen Anteils der Bevölkerung bis hin zu einer neuen Dimension der Armut. »Neu« ist diese Armut nicht in dem Sinne, dass neue Entwicklungen neue soziale Risiken und entsprechende Opfer produzieren, sondern im Sinne der Umkehrung eines in der sozialistischen Vergangenheit wahrgenommenen Trends zu schrittweiser materieller Besserstellung. Umfragen von Iván Szelényi u.a. in ganz Ostmitteleuropa zeigen, dass die Phase des Spätkommunismus als eine Zeit bescheidenen, aber wachsenden Wohlstands wahrgenommen wurde (Szelényi 2001). Aufgrund der *dualistischen* wirtschaftlichen und sozialen Struktur des postkommunistischen Kapitalismus droht dauerhafte Armut für eine relevante Minderheit zum Lebensschicksal zu werden. Dies gilt unter anderem für die ethnische Minderheit der Roma, die heute zu einer dauerhaft ausgeschlossenen Unterklasse zu werden droht.

3. Wichtige Aufschlüsse in diesem Zusammenhang gibt das von János Kornai geleitete Forschungsprojekt des Collegium Budapest »Honesty and Trust: Theory and Experience in the Light of Post-Socialist Transformation«. Research Project and Focus Group at Collegium Budapest 2001–2003.

Pseudo-neoliberale Wirtschaftsordnung und hybrider Staat

Der Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus wurde von einem grundlegenden anti-etatistischen Diskurs geprägt: Die Beratungsleistungen der internationalen Experten und der Staatspessimismus der demokratischen Gruppierungen konvergierten so weitgehend, dass in Zentraleuropa ohne starke Widerstände »harte«, scheinbar neoliberale Regimes errichtet werden konnten. Die soziale Härte der post-kommunistischen Gesellschaften zeigt sich unter anderem im Umgang mit den Opfern der Transformation, denjenigen, die vor der Wende von Arbeits- oder Transfereinkommen leben mussten, sowie in der offiziellen Akzeptanz der Armut, die von der politischen Klasse nicht als »Herausforderung« an die Politik wahrgenommen wird.

Die resignative oder verachtende Toleranz, mit der die politische Klasse Armut hinnimmt und mit wirtschafts- und sozialpolitischer Alternativlosigkeit rechtfertigt, könnte als Indiz einer neoliberalen Grundhaltung interpretiert werden. Gleichwohl kontrastiert der fast schon demonstrative Verzicht auf staatliche Leistungen zur Überwindung der Armut mit einer auffälligen Inanspruchnahme des Staates. Denn trotz der antistaatlichen Stimmung erwies sich nach dem Übergang, »dass die Mehrheit der relevanten sozialen Gruppen ihre in jedem Sinne des Wortes vital funktionierende Nabelschnur zum Staat nicht abschneiden wollte. Mit anderen Worten ergriffen diese relevanten Gruppen die sich plötzlich auftuenden sozialen Möglichkeiten bzw. sozialen Räume in erstaunlichem Ausmaß nicht« (Kiss o.D.). Die Nabelschnur zum Staat blieb vital – nicht überraschend in einem sich herausbildenden System, in dem die Chance der Bereicherung zunächst auf der Veräußerung staatlicher Aktiva basierte.

Die Grenzen zwischen Staat und Markt, politischem System und Privatwirtschaft, zwischen comprador intelligentsia und politischer Klasse sind durchlässig. So wie die comprador intelligentsia vor allem ihre *politischen* Kontaktnetze nutzen musste, um das ehemalige Staatseigentum zu veräußern (und um in das Management und die Kontrollorgane internationaler Unternehmen aufzusteigen), so gleicht auch die politische Klasse einem Business-Netzwerk mit verlängertem parlamentarischen Arm. Die Skandalträchtigkeit der Innenpolitik in Zentraleuropa geht auch auf diese Vermischung von Politik und Geschäft zurück, auf den Sachverhalt, dass der Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus nur in einer rechtlichen und moralischen Grauzone zwischen niedergehendem Staat und entstehendem Kapitalmarkt stattfinden konnte.

Generell ist die vom Staat unabhängige Selbstorganisation der Gesellschaft schwach, während viele gesellschaftliche Gruppen an den Nabelschnüren eines zwar abgemagerten, aber nach wie vor paternalistischen Sozialstaats hängen, der nur noch karge Segnungen zu verteilen hat. Unabhängige Verbände der Arbeitgeber sind (mit Ausnahme der ausländischen Industrie- und Handelskammern) schwach und gespalten. Auf der Gegenseite nutzten auch die Gewerkschaften die neuen Chancen der Selbstorganisation nicht, sondern bleiben am Vermögen der ehemaligen Staatsgewerkschaften kleben. Und was für die Interessenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gilt, trifft für die Gesamtheit der so genannten »zivilen Gesellschaft« zu: Starke zivilgesellschaftliche Organisationen jenseits privater Wirtschaftstätigkeit und ohne offene oder verdeckte Anbindung an den Staat sind in den postkommunistischen Gesellschaften schwer zu finden. Die anti-etatistische Stimmung des Systemwechsels hat zu keiner klaren Trennung von Staat und Gesellschaft im neoliberalen Sinne geführt, sondern Hybridformen (Attila Ágh) entstehen lassen. Kennzeichnend ist die Auslagerung staatlicher Funktionen an private Akteure, die allerdings nicht zu Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen führt, sondern zum explosionsartigen Wachstum des indirekt vom Staat alimentierten Personals, zur Steigerung der Kosten und zum Niedergang der Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

Die Polarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in einen modernen transnationalisierten und einen rückständigen Sektor reproduziert sich innerhalb des Staates selbst als Gegensatz zwischen einer professionalisierten bürokratischen Elite, die, meist zentriert um den Chef der Exekutive, vor allem für die »Europäisierung«, die Annäherung an die EU, zuständig ist, und einer unterbezahlten und überbesetzten Administration, die sich noch auf der Rationalisierungsebene einer vor-Weberschen Bürokratie bewegt, das Ausführungsorgan eines offiziell marginalisierten, de facto aber materiell instrumentalisierten Staates. Kriterien Weberscher bürokratischer Rationalität wie Gleichbehandlung, unparteiische Amtsführung, Hierarchie und Dienstweg, Aktenmäßigkeit, Schriftlichkeitsprinzip und Verrichtungsspezialisierung haben sich nur zum Teil durchgesetzt, geschweige denn dass »post-Webersche« Ansprüche wie Transparenz, Effizienz und Kundenfreundlichkeit an die Verwaltung herangetragen würden. »Besonders ausländische Unternehmen und Investoren klagen über den bürokratischen Hindernislauf, die verbreitete Inkompetenz, die Langatmigkeit und die Bestechlichkeit des Apparats« (Csoboth 2003:50). Die Verwaltung, die nicht von einer aktiven Zivil-

gesellschaft kontrolliert wird, hat sich m.a.W. noch keinem pluralistisch-kooperativen Verhältnis zu den Bürgern angenähert.

Vergitterte Fenster: Vertrauen, Moral, Transaktionskosten und Demokratie

Die ostmitteleuropäischen Gesellschaften werden von einem schon auf den ersten Blick paranoid anmutenden Sicherheitskomplex heimgesucht. Nahezu alles ist, auch wenn es von geringem Wert ist, mit Alarmanlagen, Video-Überwachungssystemen und anderen Gerätschaften gesichert, das Security-Personal scheint einen erheblichen Anteil der Beschäftigten auszumachen: keine Drogerie ohne Wachpersonal, kein Fenster ohne Gitter. Dieser Sicherheitskomplex lässt sich weder durch Furcht vor internationalem Terror noch durch eine astronomische Kriminalitätsrate rechtfertigen. Eher verweist er auf ein tief verwurzelt Misstrauen aller gegen alle. Der post-kommunistische Kapitalismus ist ein Kapitalismus mit einer schwachen Basis an wechselseitigem Vertrauen (trust).

Die Transformation hat massive Unsicherheit geschaffen und auf ihre Weise zur Aufzehrung des Rests an Vertrauen und Moral beigetragen, den der Kommunismus übrig gelassen hatte.

»Vertrauen« ist eine Grundlage moderner Gesellschaften. Dies gilt sowohl für die Kooperation in Arbeitsprozessen als auch für Transaktionen auf dem Markt. In Arbeitsprozessen wie auf dem Markt gilt als Regel die Vermutung, dass der jeweilige Partner *nicht* betrügt. Die Tatsache, dass man sich vor der Ausnahme dieser Regel schützen muss, widerlegt nicht die Regel selbst. Bevor die Absicherung von Arbeits- und Transaktionsbeziehungen durch die Drohung mit Repression oder den Einsatz materieller Anreize erfolgt, kann die »Moral« als billigere Ressource eingesetzt werden. Der Rekurs auf Moral erfolgt, wenn die reibungslose gesellschaftliche Koordination gestört ist. Erst wenn der moralische Rekurs die Koordination nicht wiederherstellen konnte, wird auf die teureren Ressourcen (materielle Anreize und Drohung mit Repression) zurückgegriffen (vgl. Habermas 1997:11 ff.).

Der in Zentraleuropa auffällige Mangel an Vertrauen und moralischen Ressourcen ist eine Erbschaft sowohl der kommunistischen Herrschaft als auch der Transformation, die die ostmitteleuropäischen Länder hinter sich gebracht haben. Die kommunistische Herrschaft war durch eine Art

offiziellen Zynismus charakterisiert. Sie legitimierte sich formell mit einer intellektuell anspruchsvollen Geschichts- und Weltdeutung, die zur fadenscheinigen Maskerade eines Systems der Einschüchterung degradiert wurde – und in dem es ausschließlich um die Sicherung einer von außen installierten und gestützten Machtgruppe ging. Spätestens in den sechziger Jahren wurden *de facto* die Prinzipien der offiziellen Legitimationsideologie demontiert: Das System bediente sich nicht einmal mehr seiner geschichtsphilosophischen Maskerade. Die Macht entledigte sich ihrer ohnehin fiktiven Legitimation, während in den Schulen, Universitäten, Jugend- und Kulturverbänden nach wie vor – und unter Androhung von Gewalt – ein Spektakel aufgeführt wurde, dessen Substanzlosigkeit die Herrschenden nicht einmal mehr verbargen. Politik und Gesellschaft spielten ein permanentes doppeltes Spiel, in dem die formell propagierten Werte, Institutionen und Prinzipien von einem umfassenden Netzwerk intriganter Seilschaften unterminiert wurden. Ohne normativen Konsens wurden die Ressourcen »Vertrauen« und »Moral« mehr oder weniger aufgebraucht. Und die Transformation konnte dieses normative Vakuum nicht füllen: Der Übergang vollzog sich – wie gesagt – in einer rechtlichen und moralischen Grauzone. Er war, was seine Legitimität angeht, selbst von einem Makel behaftet. Seine Gewinner waren die reformorientierten Funktionäre des Regimes, die spätkommunistische Funktionselite, die sich am staatlichen Eigentum, das der kommunistischen Propaganda zufolge allen gehören sollte, bereicherten. Die Transformation setzte nicht nur gesellschaftliche Ungleichheit an die Stelle der früher propagierten Gleichheit, die Herausbildung einer wirtschaftlich führenden Schicht in einem halblegalen und sich schnell ändernden Umfeld verwischte jeden nachvollziehbaren Zusammenhang zwischen Leistung und Belohnung. Sie hat damit massive Unsicherheit geschaffen und auf ihre Weise zur Aufzehrung des Rests an Vertrauen und Moral beigetragen, den der Kommunismus übrig gelassen hatte.

Der Mangel an Vertrauen und Moral spiegelt sich auch in der politischen Sphäre wider. Die jungen zentraleuropäischen Demokraten zeichnen sich vor allem durch ihre »schlechte Laune« aus (Csoboth 2003:19). Welchen Indikator man immer heranzieht: Die neue Freiheit wurde nicht mit Begeisterung genutzt, sondern wich einem korrekten, aber nörgelnden Umgang mit demokratischen Verfahren. Wahlen wurden im dafür vorgesehenen Zeitrahmen abgehalten, und keine politische Kraft hat versucht, illegal an die Macht zu gelangen. Doch die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zu Westeuropa niedrig, ebenso wie die Mitgliedschaft in poli-

tischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Interessenorganisationen. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind kaum wahrnehmbar. Die Wähler handeln als Racheengel, die die jeweils regierenden Parteien zuverlässig abwählen, was in einem stabilen System wie dem ungarischen zum regelmäßigen Regierungswechsel und in einem weniger stabilen System wie dem polnischen zu permanenten Verfalls- und Neubildungsprozessen der politischen Szene führt. Es sind bislang keine Loyalitätsbindungen größerer Gruppen an die Parteien (bzw. an politische Orientierungen) und andere Organisationen entstanden. Stattdessen reduziert sich Politik in den Augen vieler auf die Dauerinszenierung von Skandalen.

Ökonomisch wird sich das niedrige Niveau an Vertrauen und Moral («soziales Kapital») auf das Niveau der Transaktionskosten und Transaktionsrisiken auswirken. Je schwächer das Vertrauen der Akteure zueinander ist und je weniger sie auf die Ansprechbarkeit der Partner durch Moral rechnen können, desto mehr müssen sie auf repressive, rechtliche oder materielle Absicherungen zurückgreifen. Wenn Vertrauen und Moral anonym-gesellschaftlich nur schwach ausgebildet sind, kann dieser Mangel durch eine Kombination von Transaktionen (bzw. der Koordination von Arbeitsprozessen) mit persönlichen Beziehungen ausgeglichen werden. Hiermit entstehen die klientelistischen Netzwerke, die sich Familie, Ethnie, Herkunft, Tradition etc. zunutze machen, um Transaktionskosten und -risiken niedrig zu halten. Klientelistische Transaktionsbeziehungen sind allerdings weniger effizient als Marktbeziehungen, da bestimmte vorteilhafte Transaktionen ausgeschlossen sind und andere Transaktionen getätigt werden, obwohl sie ökonomisch nachteilig sind. Wenn die zentraleuropäischen Gesellschaften über eine nur schwache Vertrauens- und Moral-Basis verfügen, müssen sie entweder höhere Transaktionskosten infolge umfassenderer Absicherungsstrategien in Kauf nehmen oder sich durch Klientelbildung schützen und damit eine niedrigere Effizienz akzeptieren, als sie unter Marktbedingungen möglich wäre.

Politisch stellt sich die Frage, ob eine Demokratie ohne ein gewisses Niveau an Vertrauen und Moral funktionsfähig ist. Auf der einen Seite präsentiert sich die Demokratie als normativ anspruchsvolle Regierungsform, da sie an alle »mündigen Bürger« eine implizite Aufforderung zur Partizipation richtet. Auf der anderen Seite würden moderne Demokratien möglicherweise in sich zusammenbrechen, wenn wirklich alle Bürger die verfassungsmäßigen Partizipationsangebote voll ausschöpften. Ohne ein gewisses Minimum an Partizipation wären Demokratien wahrscheinlich funktionsfähig, sie könnten aber nicht jene immanente Radikalisierung

entwickeln – das heißt die Vertiefung und Ausweitung demokratischer Prinzipien auf immer mehr Lebensbereiche –, die die Qualität von Demokratien ausmacht. Ohne das korrigierende Element normativ begründeter Bürgerpartizipation drohen Markt und Massenmedien zu den Steuerungsmedien der Politik zu werden, wobei der Markt den Output und die Medien den Input bestimmen. Die Politik hätte (in den Termini der Systemtheorie) ihre Funktion als Steuersystem der Gesellschaft und (in den Termini einer normativen Demokratietheorie) ihre Stellung als die Sphäre verloren, in der die Bürger über ihre Angelegenheiten entscheiden.

Markt, Plan, Lebenswelt

Der erwähnte Mangel an Vertrauen und Moral sowie das schwache Engagement für die erkämpfte Demokratie können auf das doppelte Trauma der kommunistischen Herrschaft und der Transformation zurückgeführt werden. Die Transformation konnte – wie erwähnt – das normative Vakuum, das der Kommunismus hinterlassen hatte, nicht (bzw. nur formal durch demokratische *Verfahren*) füllen, während deren materielle Resultate – die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen – kaum anders zu legitimieren waren als mit dem harten Gesetz der ursprünglichen Akkumulation. Gerade deshalb hat sich der Blick auf die kommunistische Vergangenheit oft auch wieder verklärt – ein Phänomen, das auch in Ostdeutschland zu beobachten war, wo die Transformation unter materiell weitaus günstigeren Bedingungen als in den neuen Mitgliedsländern und in einem rechtlich ziemlich klar abgesteckten Rahmen verlief. Der nostalgischen ex-post-Verklärung des späten Kommunismus zumindest in einigen zentraleuropäischen Ländern, die sich in Umfrageergebnissen ebenso niederschlägt wie im Medienkitsch der deutschen Ostalgie-Shows, entspricht in der Regel allerdings keine explizit pro-kommunistische Haltung oder die Orientierung an einem antikapitalistischen politischen Projekt. Wahrscheinlich bezieht sich die Nostalgie weniger auf den Kommunismus als System als auf die Nischen, die der späte Kommunismus selbst geschaffen hatte und in denen sich die Menschen vor dem System in Sicherheit bringen konnten. In einigen Ländern bestanden diese Nischen aus zugelassenen Reservaten privater Wirtschaftstätigkeit, etwa in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Einzelhandel, aber auch in bestimmten Sparten der offiziell zugelassenen Kultur (Film, Musik). Zum Teil wurde eine anspruchslose, prinzipiell unpolitische Freizeitsphäre als Nische wahrgenommen. Zum Teil entstanden diese Nischen

aber auch aus den Defiziten des kommunistischen Planungs- und Produktionsprozesses selbst. Die Planwirtschaft war, wie sich zeigte, nicht in der Lage, die reibungslose Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen zu garantieren. Die Lücken im Produktions- und Verteilungsprozess, die sich immer wieder auftaten, wurden aber auf eine Weise gefüllt, die dem Kommandosystem der Planwirtschaft diametral entgegengesetzt war: durch die spontane Kooperation und Kommunikation der Arbeiter. Dort, wo die Weisungen des Plans nicht mehr griffen, organisierten die Arbeiter zumindest einen Teil des Produktions- und Distributionsprozesses selbst. Damit entstand eine Art Schattenwirtschaft oder auch »Schattengesellschaft«, die ihr eigenes subkulturelles Wertesystem ausbildete. Wenn die Analysen von Wolfgang Engler zur Subkultur der ehemaligen DDR auch auf die zentraleuropäischen Länder ausgeweitet werden können, reproduzierten sich innerhalb dieser Schattengesellschaft die egalitären Werte, die der offizielle Kommunismus propagierte, durch seine Nomenklatura aber auch wieder dementierte (Engler 1999). Paradoxiertweise kamen die vom kommunistischen Regime propagierten normativen Haltungen nicht innerhalb des eigenen Systems, sondern in einer nischenartigen Gegenwelt zur Geltung.

Die Transformation war für die große Mehrheit der Zentraleuropäer gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch ihrer *Lebenswelt*. In der von Jürgen Habermas entwickelten Begrifflichkeit gibt es zwei Instanzen der Koordination gesellschaftlichen Handelns: unpersönliche Netzwerke (wie der Markt oder der Plan) und Lebenswelten, die auf der Grundlage geteilter Überzeugungen und Traditionen *soziale Integration* ermöglichen. In der sozialistischen Mangelwirtschaft dominierte die Instanz der Lebenswelt über die Koordination über den Markt, aufgrund der Defizite der Planwirtschaft aber auch über den offiziellen Plan. Nicht im sozialistischen System, sondern in dessen Lücken, insbesondere in der häufig unterbrochenen Produktion, hielten sich Elemente eines gemeinschaftlichen Zusammenhalts, spontaner Kooperation und improvisierter Kreativität. Vielleicht lässt sich die Lebenswelt vieler Bürger Zentraleuropas, die weder der Parteihierarchie integriert waren noch der Systemopposition nahe standen, als eine Sonderform des Arbeitermilieus beschreiben, das im Westen längst in der Auflösung begriffen war (Wolfgang Engler spricht von der »arbeiterlichen Gesellschaft«): Während die offizielle Rhetorik von der Arbeiterschaft als herrschender Klasse der fadenscheinige Deckmantel der Parteiherrschaft war, wurde die Koordination der Produktion, die die sozialistische Planung nicht gewährleisten konnte, zu einem ho-

hen Anteil durch die gemeinschaftliche Kooperation der Arbeiter hergestellt. In diesem Umfeld konnten sich auf der Grundlage geteilter Überzeugungen und Werte egalitäre Kommunikationsformen herausbilden, die Wolfgang Engler wie folgt beschreibt: »Es sollte einem nicht schlechter gehen als den anderen, besser nur insoweit, als es nicht den berechtigten Neid der Umwelt erregte. (...) Ein jeder blickte eifersüchtig auf die über ihm, voll echten Mitgefühls auf die unter ihm Stehenden, stets darauf bedacht, schroffe Unterschiede zu mildern, wenn möglich auszugleichen, und sei es unter Preisgabe eigener Vorteile« (Engler 1999: 47).

Mit der Transformation ging nicht nur der Kommunismus unter, sondern auch die von ihm selbst erzeugte »Gegenwelt«. Sie bedeutete die Öffnung einer mehr oder weniger geschlossenen Lebenswelt, den Ersatz konkreter und persönlicher Kooperations- durch unpersönliche Marktbeziehungen und neue Mobilitäts- und Flexibilitätszumutungen. Sie war ein Akt der Emanzipation und gleichzeitig der Zerstörung der eigenen Orientierungsgrundlagen. Daher wurde der Übergang zur Marktwirtschaft auch nur zum Teil als Befreiung erfahren – zum Teil aber auch als erzwungene Vereinzelung, die für eine Mehrheit nicht einmal durch materielle Gratifikationen kompensiert wurde.

Das Vakuum, das der Untergang des Kommunismus und seiner Gegenwelt hinterließ, wird heute durch einen historisierenden Nationalismus gefüllt, der, mit den bunten Fetzen der Nationalgeschichte ausgestattet, das Surrogat lebensweltlicher Kommunikation zu erzeugen sucht. Die Nation, ihre Sprache, Symbole, Helden, Schurken, Siege, Träume und Mythen, soll die Art von Gemeinschaftlichkeit generieren, die in der Vergangenheit in einer egalitären Schattengesellschaft einen Platz gehabt hatte und die der Markt per definitionem nicht erzeugen kann. Da jedoch die kommunikative Basis der Lebenswelt zerstört wurde, kann der historisierende Nationalismus nur ein Surrogat erzeugen, ein fiktives Zugehörigkeitsgefühl, das nicht durch alltägliche Kommunikationsprozesse bestätigt wird, sondern eher im Gegensatz zum alltäglichen Lebenskampf um Posten, Einkommen und Marktanteile steht.

Und Europa?

Die Reihe der aufgeführten Charakteristika des postkommunistischen Kapitalismus erscheint auf den ersten Blick als eine Reihe von Hemmnissen, die einer produktiven Kooperation mit den neuen Mitgliedern ent-

gegenstehen. Dies ist jedoch nicht der Fall: Die meisten der benannten Charakteristika beziehen sich auf Prozesse, die sich in Zentraleuropa radikal und in zeitlicher Kompression durchsetzten, während sie in Westeuropa als schleichende Erosion einer insgesamt noch funktionierenden »sozialen Marktwirtschaft« wahrgenommen werden. Dies gilt auch für die letztgenannte Dimension, die Beschädigung sozialer Lebenswelten durch die gesellschaftlich und politisch ungehemmte Dynamik des Marktes. Die Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen auch in Westeuropa setzt bestimmte Gruppen wieder einem Markt aus, den die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten zumindest für soziale Risikosituationen domestiziert hatten. Der Zerfall des Sozialmilieus der Industriearbeiter ist ein Prozess, der in Westeuropa schon vor dem zweiten Weltkrieg eingesetzt hatte. Zum Teil hatten westeuropäische Großunternehmen diese Milieus innerhalb ihrer eigenen Belegschaften reproduzieren können. Die kommunikative Kooperation der Arbeiter, die in Zentraleuropa spontan die Lücken der Planwirtschaft gefüllt hatte, war in Westeuropa das bewusst erzeugte Produkt des Managements, das mit den Instrumenten einer modernen Betriebsführung die Kreativitätspotenziale seiner Arbeitskräfte zu nutzen suchte. Im Zuge der Globalisierung, der ständigen Aus- und Umverlagerung von Arbeitsplätzen und Kapital, schmelzen aber auch diese durch »Unternehmenskulturen« geformten inneren Arbeitsmärkte und machen einem zunehmend transnationalisierten und unregulierten Arbeitsmarkt Platz.

Das Verhältnis der beiden Teile EU-Europas bzw. der beiden Varianten des Kapitalismus zueinander ist nicht eindeutig. Auf der einen Seite präsentieren die westeuropäischen Staaten ihren Partnern im Osten – zumindest im Vergleich – das Bild gezügelter Märkte, generöser Sozialsysteme, homogener Volkswirtschaften, lebendiger Demokratien und funktionierender, durch die Vergemeinschaftung staatlicher Funktionen nicht beeinträchtigter Staaten. Sie wirken *noch* als Vorbild, an dem sich die neuen Mitglieder orientieren können. Auf der anderen Seite sind auch in Westeuropa bereits die Tendenzen spürbar, deren Resultate in Zentraleuropa bereits deutlich sichtbar sind: die Auszehrung benachteiligter Regionen, die Dualisierung der Produkt- und Arbeitsmärkte, dauerhafte Arbeitslosigkeit, neue Armutsnischen, die Privatisierung öffentlicher Funktionen (ohne Effizienzsteigerung), die Erosion des sozialen Kapitals, die Beschädigung sozialer Lebenswelten, ablesbar an der Zunahme »abweichenden Verhaltens«, vom Drogenkonsum bis zur Steuerhinterziehung, die Degradation der politischen Sphäre zum permanenten Medienspektakel usw.

Ganz EU-Europa steht heute vor der kritischen Frage, in welche Richtung die wechselseitige Annäherung unter dem Dach der Union verlaufen soll. Ist der postkommunistische Kapitalismus Zentraleuropas das Modell eines »post-welfare capitalism« für ganz Europa? Oder gelingt es, das noch dürre Gerüst des »europäischen Sozialmodells« so mit Inhalt zu füllen, dass die normativen Kerne der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten erhalten bleiben? Diese Frage kann nur politisch beantwortet werden, denn es geht darum, *in welcher Art von Gemeinwesen wir Europäer leben wollen*. Weder der Markt noch die Brüsseler Bürokratie können diese Frage beantworten, sondern nur die Bürger, die sich zunehmend auch als Bürger Europas sehen.

Literatur

- Albert, Michel (1992): *Kapitalismus gegen Kapitalismus*, Frankfurt/New York.
- Andruchowysch, Juri (2003): »Erz-Herz-Perz«, in: ders.: *Das letzte Territorium*, Frankfurt am Main.
- Berger, Peter (Hrsg.) (1997): *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften*, Gütersloh.
- Csoboth, István (2003): *Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit*, Wiesbaden.
- Engler, Wolfgang (1999): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton.
- Habermas, Jürgen (1997): »Eine genealogische Betrachtung zum kognitiven Gehalt der Moral«, in: ders., *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, Wilhelm (1997b): *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1997a): *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Frankfurt am Main.
- Hix, Simon (1999): *The Political System of the European Union*, Basingstoke und London.
- King, Lawrence P. (1998): Strategic Restructuring: Making Capitalism in Post-Communist Eastern Europe, in: Éva Fodor, Szélenyi 60. A Festschrift in Honor of Iván Szélenyi, <http://hi.rutgers.edu/szelenyi60/king.html> (besucht im August 2004).
- Kiss, Endre (o.D.): Gibt es oder gibt es nicht? (Nation, Ideologie und Staat im post-sozialistischen Mittel-Europa) <http://www.pointernet.pds.hu/kissendre/download.html> (besucht im August 2004).
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (2001): *Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main.
- Szélenyi, Iván (2001): *Poverty under post-communist capitalism – the effects of class and ethnicity in a cross-national comparison*. Center for Comparative Research/Department of Sociology, Yale University, October 14, 2001.